

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wölfersheim

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Herrn Gerhard Weber
Rathaus Wölfersheim
Hauptstraße 60
61200 Wölfersheim

Fraktion in der Gemeindevertretung

Michael Rückl

Tel. +49 (6036) 1514

mobil 0172 7369692

michael.rueckl@gruene-wetterau.de

Gemeinde Wölfersheim		
Eing.: 12. Jan. 2022		
Stelle		

Wölfersheim, 06.01.2022

Antrag nach § 10 der Geschäftsordnung

Kommunale Beteiligung an potentiellen Windkraftanlagen der EnBW im Gemeindegebiet

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung fordert den Gemeindevorstand zu Gesprächen mit der EnBW (Energie Baden-Württemberg AG) auf. Ziel soll die Prüfung der Möglichkeiten einer kommunalen Beteiligung an potentiellen Windkraftanlagen des Unternehmens im Südwesten unseres Gemeindegebiets sein. Die Einbeziehung der Stadt Bad Nauheim, auf deren Gebiet ein kleiner Teil der ausgewiesenen Vorrangfläche liegt, ist wünschenswert.

Die Gemeindevertretung soll über die Ergebnisse der Sondierungen zeitnah informiert werden.

Begründung:

Der "Teilplan Erneuerbare Energien" (TPEE) ist im März 2020 wirksam geworden.

Er sieht eine Windvorrangfläche vor, die größtenteils zur Gemeinde Wölfersheim gehört, wie der Kartenausschnitt (blau gestrichelte Fläche) unten zeigt.

Die Flächen befinden sich nicht in kommunaler Hand. Allerdings hat die EnBW auf diesem Gebiet mit Grundstückseignern Vorverträge abgeschlossen. Auf ihrer Internetseite informiert sie unter dem Titel "Windpark Bad Nauheim" über das Vorhaben. Im Zuge des Angebots der Grundstücke im Neubaugebiet Füllgesgärten IV hat die Gemeinde Wölfersheim (durch die Land&Forst GmbH) die Bewerberinnen und Bewerber über die Existenz dieses Windvorranggebiets informiert.

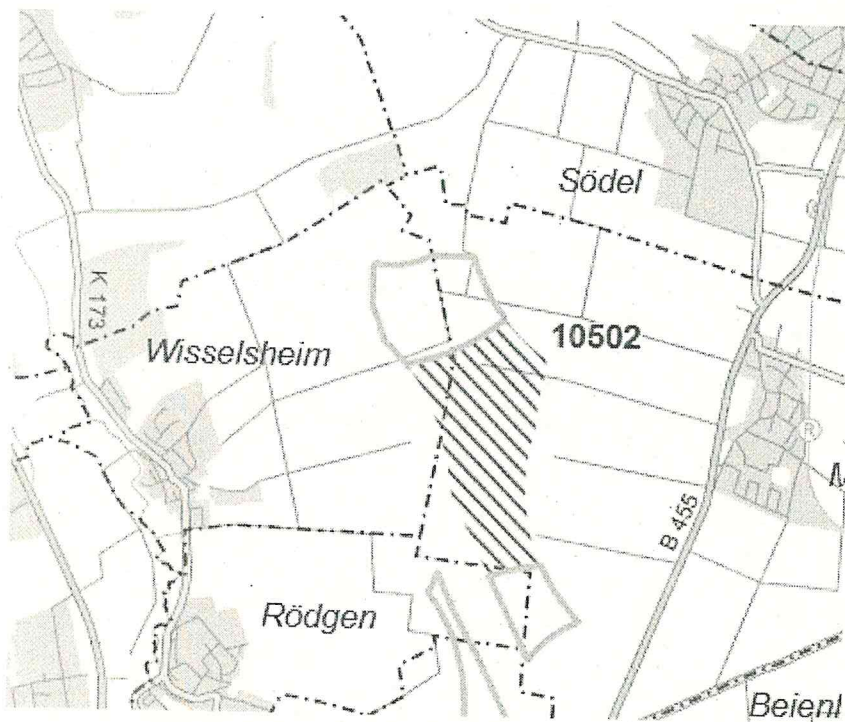
Die EnBW ihrerseits ist eine AG, an der die kommunale Hand die Mehrheit hat. Wir ziehen daraus den Schluss, dass es sinnvoll ist, mit der EnBW über deren Pläne in Wölfersheim zu reden und eine kommunale Beteiligung einzufordern.

Mit einer kommunalen Beteiligung soll kein Risiko verbunden werden. Aber die Beteiligung sollte mehr sein als Einnahmen durch mögliche Gewerbesteuer. Bei der Windkraft geht es immer

auch um die Akzeptanz. Schließlich trägt die Allgemeinheit auch die Lasten, wenn solche Anlagen am Ort entstehen. Dafür sollte es eine Kompensation in Form einer Beteiligung an den Erträgen geben.

Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition findet sich der Satz: "Wir wollen dafür sorgen, dass Kommunen von Windenergieanlagen und größeren Freiflächen-Solaranlagen auf ihrem Gebiet finanziell angemessen profitieren können." Das bedeutet: Sie sollen auch dann davon profitieren, wenn sie die Anlagen - so wie die Photovoltaikanlage am See - nicht selber errichten.

Wir sollten nicht warten, bis die neue Bundesregierung hier eine Regelung findet. Wir sollten den in diesem Vorsatz deutlich werdenden Willen nach angemessener kommunaler Beteiligung aufgreifen und selbstbewusst gegenüber der EnBW vortragen. Ziel sollte sein, dass von solchen Anlagen nicht länger nur die Errichtenden und Private, sondern auch die Allgemeinheit profitiert.



Für die Fraktion

Michael Rückl